

Betriebsräte-Zeitschrift



für Funktionäre der Metallindustrie

Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart
Erscheint alle 14 Tage * Verantwortlich für die Redaktion: Robert Dismann

4. Jahrg.

Stuttgart, 24. November 1923

Nummer 28

Inhaltsverzeichnis:

1. Haltet eurem Organ die Treue! (Robert Dismann.)
2. Der Währungswirrwarr dauert fort! (Tony Sender, Frankfurt a. M.)
3. Zur Lage der deutschen Metallindustrie (Dr. Norbert Einstein.)
4. Kampf gegen Monopole? (Tony Sender, Frankfurt a. M.)
5. Arbeitswissenschaft und Psychotechnik (Dr. Franziska Baumgarten, Berlin.)
6. Bücherbesprechung.

Haltet eurem Organ die Treue!

Rob. Dismann

Harte Zeiten müssen wir durchkosten. Das Wirtschaftsleben ist aufs schwerste erschüttert, die Währung zerfallen, die Teuerung steigt ins Ungemessene, die Not nimmt überhand, und die Zahl der bereits in die Millionen gehenden Arbeitslosen und Kurzarbeiter steigt in Deutschland mit jedem Tage. Außenpolitisch lastet ein schwerer Druck auf dem Reich, der Ruhrpleite folgte im besetzten Gebiet ein völliges Chaos und brachte die Arbeitermassen in die verzweifeltste Lage. Durch die Zusammenwirkung dieser Zustände wurden die Gewerkschaften hart getroffen. Während täglich neue Aufgaben und Anforderungen an uns herantraten, blieben die Einnahmen der Organisation gegenüber den sich mehrenden Ausgaben weit zurück. Und bis die von den Mitgliedern kassierten Beiträge der Hauptklasse zufließen, werden die Summen wiederum durch eine weitere Geldentwertung herabgedrückt. Der eiserne Zwang äußerster Sparsamkeit und Einschränkung machte auch vor der Betriebsräte-Zeitschrift nicht halt, und so erscheint unser Organ vorerst nur noch alle 4 Wochen in einem Umfange von 16 Seiten (früher alle 14 Tage zu 32 S.). Der Vorstand unserer Organisation mußte ferner die Verwaltungen anhalten, den bei Lieferung der Betriebsräte-Zeitschrift zu verrechnenden Betrag von den Beziehern der Betriebsräte-Zeitschrift einzuziehen.

Dies kleine Opfer müssen wir heute den Lesern der Betriebsräte-Zeitschrift auferlegen, weil die Verwaltungen finanziell nicht in der Lage sind, eine Gratislieferung der Betriebsräte-Zeitschrift aufrecht zu erhalten. Dabei sei ausdrücklich bemerkt, daß die Hauptklasse auch fernerhin einen Teil der Herstellungskosten der Betriebsräte-Zeitschrift übernehmen wird. Der geringe Betrag, der nunmehr von jedem Bezieher der Betriebsräte-Zeitschrift zu entrichten ist, darf niemand veranlassen, jetzt etwa

den Bezug unseres Organes einzustellen. Das wäre ein überaus trauriges Zeichen für den Bildungs- und Wissensdrang des betreffenden Kollegen. Schlimm genug, daß die ungeheuerliche Preissteigerung vielen Arbeitern bereits das Abonnement einer Tageszeitung äußerst erschwerte, von Zeitschriften, sowie der Anschaffung von Broschüren und Büchern gar nicht zu reden. Wir können daher den Betriebsräten, Vertrauensleuten und allen geistig regsamen Kollegen nur zurufen:

Laßt euch nicht die Betriebsräte-Zeitschrift nehmen.

Bringt gern das kleine Opfer für die Zahlung der Betriebsräte-Zeitschrift und achtet darauf, daß euch euer Organ regelmäßig zugestellt wird. Treu stand euch die Betriebsräte-Zeitschrift seit dem 1. April 1920 in euren Arbeiten, Bildungsbestrebungen und Kämpfen zur Seite.

Haltet auch ihr die Treue.

Der Währungswirrwarr dauert fort!

Lonny Sender, Frankfurt a. M.

Als die Reichsregierung das Ermächtigungsgesetz vom Reichstag verlangte, begründete sie die Notwendigkeit solcher diktatorischer Vollmachten damit, daß die katastrophale Lage auf dem Finanz- und Währungsgebiet zu schleunigsten Maßnahmen zwingt, die man nicht dem langsameren Wege der regulären Gesetzgebung überlassen könne. Nun durfte man ja auf ein ausreichendes Maß von Initiative und Tatkraft gefaßt sein, durfte erwarten, daß diese weitgehenden Vollmachten wenigstens dazu benutzt würden, um auf dem Gebiet der Staatsfinanzen die heftigen Widerstände derjenigen Interessenten zu brechen, die bisher jede gesunde Finanzpolitik des Reiches zu verhindern verstanden hatten, um erst auf der Grundlage solcher Finanzsanierung eine erfolgreiche Währungsanierung in die Wege leiten zu können.

Heute, nachdem das Ermächtigungsgesetz infolge der veränderten Zusammensetzung der Reichsregierung gefallen ist und wir die „Taten“, die auf Grund der diktatorischen Vollmachten vollbracht wurden, überschauen können, haben wir ein Recht, zu erklären, daß jene beim Verlangen des Ermächtigungsgesetzes vorgeschobene Begründung **unehrlich** war: Die Diktatur wurde in erster Linie gegen die deutsche Arbeiterschaft zur Beseitigung der sozialen Gesetzgebung angewandt, während auf dem Gebiet der Finanzen infolge der Ziel- und Ideenlosigkeit sowohl als auch der mangelnden Energie der Regierung gegenüber dem Besitz die Entwicklung sich immer katastrophaler gestaltete. Betrachtet man die gesamte Lage der deutschen Wirtschaft in ihrer Rückwirkung auf die arbeitende Bevölkerung aus der Perspektive, so muß man sich darüber wundern, daß angesichts der erschreckend wachsenden Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, zu der die Not der noch immer hauptsächlich in rasend sich entwertender Papiermark entlohnten Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten hinzukommt, überhaupt die Ruhe noch im bisherigen Ausmaße hat aufrechterhalten werden können, daß nicht die Verzweiflung infolge der für diese Kreise hoffnungslos erscheinenden Lage noch in ganz anderem Maße sich Luft zu schaffen suchte. Es drückt sich darin nicht etwa nur die Geschultheit des größeren Teils der deutschen Arbeiterschaft, sondern

zugleich auch die überaus bedenkliche Tatsache aus, daß ein Teil der besitzlosen Kreise, durch die für sie immer ungünstiger und ruheloser werdende Lage zermürbt, widerstandslos geworden ist. Ein nicht nur für die Emanzipationsbestrebungen des Sozialismus, sondern in gleichem Maße für die Fortentwicklung der deutschen Gesamtheit außerordentlich gefährvolles Moment.

Hoffnungslosigkeit aber wäre nur berechtigt, wenn von den verantwortlichen Stellen in Deutschland wirklich alle die Anstrengungen unternommen worden wären, die aus eigener Kraft zur Herbeiführung einer Gesundung möglich und notwendig waren. Statt dessen aber hat die Regierung sich damit begnügt, einerseits am Währungsproblem nur herumzustümpfern, andererseits auf dem Gebiet der Reichsfinanzen so gut wie gar nichts zu unternehmen.

Das Gesetz über die Schaffung der Rentenmark war schon vor dem Ermächtigungsgesetz ausgearbeitet und zur öffentlichen Diskussion gestellt, wenn es dann auch auf dem Verordnungswege und ohne Mitwirkung der Volksvertretung in Kraft gesetzt ward. Seine endgültige Gestaltung war auch in keiner Weise geeignet, die von uns erhobenen sehr ernststen Bedenken zu entkräften, sie wurden eher durch die endgültige Formulierung noch vermehrt.

Da aber bis zum Inverkehrbringen der Rentenmark noch einige Zeit für die Formalität der Gründung, den Druck der neuen Noten usw., verstreichen mußte, auf der andern Seite immer weitere Kreise der Wirtschaft — sowohl in agrarischen wie industriellen Schichten — die Lieferung von Waren gegen Papiermark verweigerten, auf der andern Seite die Spekulation in ausländischen Devisen immer tolleren Umfang annahm, konnte die Regierung nicht mehr länger umhin, wenigstens den Versuch zu unternehmen, den unhaltbar gewordenen Zuständen zu begegnen. Aber auf welcher genialen Idee kamen die bürgerlichen Herren Minister, die neben dem Kanzler doch in den wichtigsten Ministerien Vertreter der Volkspartei, also der „Partei der Wirtschaft“ waren? Sie griffen auf eine Maßnahme zurück, die bereits vor einigen Wochen mit vollem Mißerfolg versucht worden war, sie ordneten an, daß für den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln nur der

amtlich festgesetzte Devisenkurs

zulässig sein sollte, ungeachtet der Kurschwankungen, denen die Mark an den ausländischen Börsen ausgesetzt war. Zunächst war sogar die Publikation der ausländischen Kursnotierungen verboten, was man allerdings sehr rasch wieder revidieren mußte. Es steckt allerdings eine gewisse Logik darin, daß man in einer Epoche, da man alle politischen Schwierigkeiten mit dem Mittel des militärischen Belagerungszustandes glaubt meistern zu können, ebenso auf wirtschafts- und währungspolitischem Gebiet mit Polizeimitteln sich einbildet, die Dinge meistern zu können — allerdings auf dem einen wie andern Gebiet mit dem gleichen „Erfolg“. Schon einmal hatte man mit dem Mittel des amtlichen Kurses erreicht, daß kein privater Devisenbesitzer mehr zu diesem offiziell diktierten Kurs fremde Zahlungsmittel an die offizielle Börse brachte, sondern dieses verlustbringende Geschäft lediglich der Reichsbank und anderen Reichsstellen freundschaftlich überlassen ward, während sich der private Devisenbesitz auf die sogenannte schwarze Börse begab und

dort zu dem der ausländischen Parität entsprechenden weit, weit höher liegenden Kurs Geschäfte tätigte. Der Erfolg war, daß sich das Reich seines wertvollen Devisenbestandes zu dem von ihm selbst künstlich geschaffenen niedrigen Kurs begab und dadurch der Privatindustrie ein glänzendes Geschäft ermöglichte: Diese deckte sich zum billigen amtlichen Kurs auf Kosten des Reichs, das heißt also der Allgemeinheit ein, berechnete aber ihrerseits zu dem mehrfach höherliegenden freien Devisenkurs. An den Grenzzonen des besetzten Gebietes blühte dieser Handel besonders: In den Städten des unbesetzten Deutschland kaufte man billig auf Reichskosten Devisen ein, um sie alsdann sofort drüben im besetzten Gebiet zum freien Kurs wiederzukaufen. Für die deutsche Reichsregierung sind eben Fehler nicht dazu da, daß man etwas aus ihnen lerne — sie werden vielmehr wiederholt mit immer verhängnisvolleren Folgen. Ob man noch immer nicht eingesehen hat, daß man der Wirtschaft nicht kommandieren kann wie den Soldaten? Jedenfalls hat diese Vergeudung der Devisenreserven eine direkte staatschädigende Wirkung ausgeübt, für die die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden müßten.

Und diese Verantwortlichen dürften wohl ungefähr identisch sein mit denjenigen Verantwortlichen, die auf dem Gebiet der

wertbeständigen Zwischentwährung

dem Reiche gleichfalls großen Schaden zugefügt haben. Seit Wochen geben die Verlautbarungen der Regierung bekannt, daß schleunigst wertbeständige Zahlungsmittel in den Verkehr gebracht werden sollen. Das war auch der Zweck der Schaffung der Rentenmark. Da aber die Emission dieser Rentenmark noch einige Wochen in Anspruch nahm, sollte die in kleine Teile zerstückelte **Goldanleihe** inzwischen als wertbeständiges Zahlungsmittel dienen. Um aber diese ihr zuge dachte Mission erfüllen zu können, mußte sie wenigstens vorhanden sein, mußte sie rechtzeitig und in ausreichendem Maße in Druck gegeben werden. Es ist schlechterdings unverzeihlich, wenn diese Druckaufträge so mangelhaft vergeben wurden, daß bei der Herausgabe der Goldanleihe nur ganz geringe Bestände vorhanden waren, so daß nur in geringem Umfange dieses wertbeständige Zahlungsmittel für den Verkehr in Frage kam. Das führte nicht nur zu bedauerlichen Störungen, sondern hatte angesichts des auch hier sich wiederholenden vollkommenen Versagens der **Reichsbank** verhängnisvolle Nebenvirkungen: Die Banken gaben der Reichsbank ihren Kaufauftrag an, die Stücke konnten erst einige Zeit später geliefert werden. Der Kaufauftrag aber wurde zum Kurs des Tages der Auftragserteilung vorgemerkt, und wenn nach einiger Zeit die Auslieferung der Stücke durch die Reichsbank erfolgte, war zwar der notierte Kurs für die Goldanleihe zwischenzeitlich gewaltig gestiegen, die Banken aber brauchten nur den Kurs des Bestelltages zu zahlen und machten so, wiederum auf Kosten der Allgemeinheit, ein glänzendes Geschäft, da sie ja ihrerseits diese Stücke mindestens zum späteren viel höheren Kurs weitergaben. Dieses Gebahren ist ebenso unverantwortlich, wie es die Kreditverschöpfung durch die Reichsbank war. Wenn es auch Börsenbrauch sein mag, daß die Zahlung eines verkauften Wertpapiers nicht immer sofort nach dem Verkauf gefordert wurde, so ist zunächst schon der größte Teil der Banken von diesem

Brauch seit der Geldentwertung abgekommen, außerdem aber hat ein Reichsinstitut kein Recht, nach einem solchen schon ohnehin längst durchlöcherter, in jedem Falle aber gesetzlich gar nicht fundierten Brauch zum Schaden des Staates zu handeln. Es hätte entweder sofortige oder aber mindestens wertbeständige Zahlung verlangt werden müssen. Das hat die Reichsbank sträflicherweise unterlassen und dadurch, da es sich fast durchweg um sehr hohe Zeichnungssummen handelte, eine unverantwortliche Verlustwirtschaft für das Reich betrieben. Ob hier endlich einmal im Deutschen Reiche die personellen Konsequenzen aus **Unfähigkeit** oder **Schuldhaftigkeit** gezogen werden?

Nach den vorliegenden Erfahrungen sind wir allerdings nicht naiv genug, uns Illusionen hinzugeben. Dennoch immer ist es möglich, daß die Reichsbank an manche Seiten zum Jahreszinsfuß von 90 Prozent nichtwertbeständige Diskontierungen vornimmt und dadurch den Kreditnehmern immer noch schöne Inflationsgewinne schenkt, sondern selbst beim wertbeständigen Lombardkredit (Kredit gegen Bürgschaft durch Waren oder Werte) verbleibt dem Kreditnehmer ein **Künstel** des Inflationsgewinnes. Das erklärt auch, weshalb dieser Lombardkredit der Reichsbank in den letzten Wochen so außerordentlich stark in Anspruch genommen ward. Eine dritte, in der Zeit größter sozialer Not breiter Volksschichten empörende bequeme Inflationsgewinnquelle ist das Recht der ersten Zeichner der Dollarschatzanweisungen, diese Anleihen bei der Reichsbank in Papiermark beleihen zu lassen und so durch den Gewinn an der Markentwertung ihr ursprüngliches angebliches „Opfer“ zu einem glänzenden Geschäft werden zu lassen, das bereits ein Mehrfaches des ursprünglich von ihnen hingegebenen Wertes ihnen erbrachte.

Unfähigkeit, Ideenlosigkeit und mangelnder Wille laufen in der Devisen- und Kreditpolitik des Reiches einander den Rang ab. Und diesen Ursachen ist es auch zuzuschreiben, wenn wir zu dem unübersichtlich gewordenen Währungswirrwarr gelangt sind und an Buntscheißigkeit des Bildes die kühnste Phantasie aus dem Felde schlugen. Papiermark, Dollarschatzanweisungen, Goldanleihe, wertbeständige Zahlungsmittel der Länder, der Kommunen, der Industrie, der Handelskammern, einzelner Großfirmen... von all dem freilich bekam die arbeitende Bevölkerung wenig zu sehen, sie blieb im wesentlichen auf die wertlos gewordene, an vielen Börsen des Auslandes überhaupt nicht mehr notierte Papiermark angewiesen. Nun aber soll ja

die Rentenmark

ab 15. November in die Zirkulation gebracht werden. Schon ehe das neue Geld erscheint, macht sich deutlich die von uns befürchtete Folge der völlig privaten Grundlage dieses neuen Währungsinstituts geltend. Dieselben Kreise, die im Ausschuß der Reichsbank Jahre hindurch auf die Verschönerung des Reichsbankkredits hingewirkt haben, erweisen sich nunmehr als geriebene Geschäftsleute, da sie in ihre eigenen Taschen arbeiten. Nach dem ursprünglichen Gesetzesentwurf war vorgesehen, daß zunächst das Reich von der Rentenbank einen **unverzinslichen** Kredit von 300 Millionen zur Einlösung der bei der Reichsbank diskontierten Schatzanweisungen erhalten sollte und daß danach erst allmählich der zu 6 Prozent verzinsliche Restkredit von 900 Millionen in Anspruch zu nehmen wäre. Nun soll aber dem Vernehmen nach dieses Verhältnis umgestürzt und zunächst ein Bruchteil des **verzinslichen**

Kredits in Rentenmark dem Reiche gewährt werden. Ein Grund dieses Vorgehens mag der Umstand sein, daß — wieder einmal — noch nicht genügend Noten in Rentenmark gedruckt sind. Ein weiterer, ausschlaggebender Grund aber erhellt aus den von den interessierten Wirtschaftskreisen selbstgegebenen **Sagungen** der Rentenbank, die in ihrem § 20 dem aus den Kreisen der Wirtschaft zusammengesetzten Aufsichtsrat das Recht gibt,

mit dem Reich, der Reichsbank und den Privatnotenbanken die nach dem Gesetz erforderlichen Vereinbarungen über die Höhe der ihnen zu gewährenden Kredite und deren Bedingungen zu treffen.

Durch diese Formulierung des Statuts ist eine direkte Änderung der Verordnung dadurch bewirkt, daß anscheinend die Verwaltung der Rentenbank daraus das Recht herleitet, nach ihrem Belieben eine Umstellung der Kreditgewährung in der Weise vorzunehmen, daß sie zunächst nur einen beschränkten und nur einen verzinslichen Kredit dem Reiche einräumt. Damit wollen wohl die in der Rentenbank selbstherrlich waltenden Wirtschaftskreise sich dagegen sichern, dem Reich einen so hohen Betrag wie 300 Millionen Rentenmark zur Verfügung zu stellen, ohne daß irgendeine Gewähr dafür vorliegt, daß der Banknotendruck auch tatsächlich eingestellt und das Defizit im Staatshaushalt gedeckt wird. Man darf aber dabei nicht übersehen, daß es ja dieselben Kreise gewesen sind, die während der ganzen Jahre verhindert haben, daß durch eine energische Steuerpolitik der Inflation Einhalt geboten, der Staatshaushalt in Ordnung gebracht wurde. Wie sehr diese Kreise auch heute noch lediglich ihr eigenes Profitinteresse im Auge haben, beweist ein weiterer Passus desselben § 20 im Statut, der den Verwaltungsrat verpflichtet, darauf zu halten, daß

die **Weitergabe** der Kredite durch die Reichsbank und die Privatnotenbanken in einer den Bedürfnissen der Berufsstände und ihrer Beteiligung an der Deutschen Rentenbank entsprechenden Weise erfolgt.

Damit werden die Anteilseigner der Rentenbank, sich nicht nur mit der Herrschaft über den Staat begnügend, auch noch zu Diktatoren der Wirtschaft und in die Lage versetzt, den Kampf der Starken gegen die Schwachen dadurch kräftig zu fördern, daß sie ausschlaggebenden Einfluß auch auf die Kreditgewährung durch Reichs- und Privatnotenbanken an sich reißen und so durch Kreditsperre lästige Konkurrenten bekämpfen, mittlere und kleine Existenzen vernichten und ihr eigenes Machtbereich außerordentlich festigen, zu rigoroseren Selbstherrschern werden, als es je unter einer Monarchie der Fall war. Die schwerindustrielle Presse bringt es bereits deutlich zum Ausdruck in der Drohung, daß sie keinerlei Eingriffe der Regierung in die Verwaltung der Rentenbank dulden werde. Und die Herrschaften haben sich auch eine ausreichende Regierungsdauer dadurch gesichert, daß sie — entgegen allen Gepflogenheiten — sich im Statut eine Amtsdauer von fünf Jahren als Aufsichtsräte gesichert haben.

Es muß darum heute noch einmal mit Nachdruck unterstrichen werden, worauf hinzuweisen wir nicht ermüden dürfen: Eine wirklich wertbeständige Währung ist erst dann möglich, wenn man endlich den Mut zu einer starken Heranziehung des Besitzes zur Steuerleistung durch Sachwerterfassung, wirkliche Goldsteuern, findet und in der ganzen Wirtschafts- und Finanzpolitik

die Voraussetzung zur inneren und äußeren Sanierung schafft. Sonst könnten sich die bereits ausgesprochenen Hoffnungen gewisser Kreise, daß durch Diskontierung von Rentenmarkwechsel bei der Reichsbank „es wieder etwas zu verdienen gäbe“, nur allzu bald erfüllen. Eine wirklich republikanische Regierung aber müßte auch der durch den Aufbau und die Satzungen der Rentenbank verstärkten Herrschaft der Wirtschaft über den Staat so bald als möglich ein Ende bereiten, **Deutschland von einer Plutokratie zu einer Demokratie umgestalten.**

:::

:::

:::

Zur Lage der deutschen Metallindustrie

Dr. Robert Einstein

Wir leben in einer furchtbaren Krise. Sie ist noch im Wachsen und vorläufig sieht man keine Anzeichen der Besserung. Es rührt sich keine Hand, um durch geeignete Eingriffe in das Wirtschaftsleben die Ursachen der Wirtschaftskrise zu beheben oder doch Verhältnisse zu schaffen, die einen Abbau der Arbeitslosigkeit erhoffen lassen.

Besonders schlimm wirkt sich die Krise in der **Metallindustrie** aus: sie ist die Industriegruppe, die in der Hauptsache von den trostlosen Zuständen im besetzten Gebiet betroffen wird, und für die Werke des unbesetzten Gebietes (in den Fällen, in denen gearbeitet werden könnte) macht sich der Produktionsausfall des besetzten Gebietes schwer fühlbar.

Man hat den Versuch gemacht, die industrielle Tätigkeit durch **Ermäßigung der Kohlenpreise** und den **Wegfall der Kohlensteuer** zu beleben. Aber das hat keine Wirkung gehabt. Die vom Deutschen Stahlbund festgesetzten Preise stehen ganz erheblich über den höchsten Sätzen der Friedenszeit. Während vor dem Krieg das Standardprodukt Stabeisen, auf dessen Notierung sich alle anderen Sätze aufbauen, selbst in Zeiten der Hochkonjunktur etwa 125 Mk. per Tonne kostete, ist der Preis für Lieferung im unbesetzten Gebiet auf 191 Goldmark und für das besetzte Gebiet auf 219 Goldmark festgesetzt worden. Die Werke begründen diese Preise mit dem ungeheuren Wachsen der Selbstkosten. Der Auftragsbestand der Werke des besetzten Gebietes, mehr noch die Unmöglichkeit, infolge Rohstoffmangels zu produzieren, hat zu ungeheuren Stilllegungen und Arbeitsverkürzungen geführt, die noch gar nicht ihr Ende erreicht haben. Was aus dem besetzten Gebiet wird, wenn es so systematisch zur Arbeitsruhe kommen soll, wie das jetzt geplant ist, kann nicht übersehen werden. Die Arbeitslosigkeit des besetzten Gebietes und vor allem der Erzeugerwerke zieht schwere Störungen für die weiterverarbeitende Eisen- und Metallindustrie nach sich.

Das wirkt sich natürlich auch auf das unbesetzte Gebiet aus. Hier war die Lage der verschiedenen Eisenindustrien bisher eine etwas bessere, obwohl der gestörte Konnex zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet sich in der Produktion stark ausgewirkt hat, vor allem soweit die Rohstoffversorgung in Frage kommt. Die westliche Industrie ist bestrebt, sich im unbesetzten Gebiet neue Produktionsstätten zu schaffen, soweit sie nicht schon bisher über solche verfügt hat. Wenn man die Krise unter dem Gesichtswinkel der kapitalistischen Konzentration betrachtet, die wir in den letzten Jahren in Deutschland erlebt haben, so kann **nicht** gesagt werden, daß dieser Zusammenschluß vieler

Werte zu einer Einheit eine Erleichterung der Krise gebracht hat. Das ist ein Zeichen dafür, daß die fortschreitende Konzentration nicht in ausreichendem Maße auf die Bedingungen der Produktion Bezug genommen hat. Man kann auch nicht sagen, daß sich die verbilligende Wirkung des kapitalistischen Zusammenschlusses heute in den Preisen ausdrückt.

Nachdem infolge der stockenden Zufuhren aus dem Ruhrgebiet seit langem auf den englischen Kohlenmarkt zurückgegriffen werden mußte, geht die weiterverarbeitende Industrie im unbesetzten Gebiet dazu über, fremden Stahl einzuführen. Dieser stellt sich selbst unter Berücksichtigung der hohen Valutasäze nicht höher als der deutsche, er war sogar vorübergehend unter der deutschen Preishöhe. Aber hier stellt sich eine andere Schwierigkeit ein. Es fehlt an den nötigen Devisen zum Ankauf fremden Eisens. Wenn die deutsche Industrie auf ihre Devisenreserven zurückgreifen wollte, könnten die Importe getätigt werden, aber diesen Schatz hütet man und greift ihn nicht an. Die laufenden Deviseneinkünfte sind wesentlich schmaler geworden (wenigstens im großen ganzen), weil die deutsche Preishöhe die Ausfuhr sehr erschwert und deshalb einen geringeren Devisenansatz bringt. Schließlich waren Devisen am freien Markt in den letzten Wochen überhaupt nicht zu bekommen, weil der freie Devisenhandel verboten war und nur zu den amtlichen Devisenkursen gekauft und verkauft werden konnte. Zu dem Berliner Dollarkurs oder, wie man in Börsenkreisen sagt, zum „Stresemanndollar“ hat niemand abgegeben und die Reichsbank selbst war nur imstande, ganz geringe Devisenbeträge zu den amtlichen Kursen anzustellen. Die sogenannte „Repartierung“, die Berücksichtigung eines Prozentsatzes der Anforderungen, erreichte an manchen Börsentagen $\frac{1}{2}$ bis 1 Prozent. Im besetzten Gebiet wurden die Devisen höher gekauft und verkauft und der sogenannte „echte“ Dollar erreichte meistens das Vielfache des offiziellen Börsenkurses. Aber diese Preise wollte man entweder nicht bezahlen oder man scheute die Strafen. So hat das geringe Devisenangebot es unmöglich gemacht, in großem Umfang zu importieren, und hat so zu einer weiteren Verschärfung der Krise geführt. Das Zurückhalten der Devisen durch die Industrie bedroht die Wirtschaft.

Übrigens hat dieser Gegensatz zwischen dem amtlichen und dem inoffiziellen Dollarkurs ganz allgemein zu einer schweren wirtschaftlichen Gefahr geführt. Der amtliche Dollar ist in den Preisen nicht mehr berücksichtigt worden. Weil der Kaufmann und Industrielle in seiner Preisführung an die Entwertung der Mark auf Grund des amtlichen Devisenstandes gebunden war, hat er keine andere Möglichkeit gesehen, als seine Grundpreise zu erhöhen. Das hat zu einem furchtbaren Betrug der Goldlöhne geführt, denn diese richteten sich stets nach dem amtlichen Dollarkurs, während die Waren nur noch rein äußerlich diesen amtlichen Kurs anerkannten. Das hat denn in der gesamt Metallindustrie zu einer dauernden Bewegung der Goldgrundpreise geführt. Wenn der auswärtige Dollar einmal nicht mehr über dem deutschen liegt, wird ein schleuniger Abbau der Preise stattfinden müssen, wenn nicht Deutschland mit den dann bedeutend billigeren Preisen überschwemmt werden soll. Daß derartige Überziehungen der Preise zu weiteren Absatzrückungen führen, ist leicht einzusehen. Die Krise ist denn auch hierdurch bedeutend verschärft worden.

Alle Erleichterungen, die man der Privatindustrie von Regierungsseite zugebilligt hat, sind erfolglos geblieben. Durch Herabsetzungen der Kohlenpreise ist die Wettbewerbsfähigkeit keineswegs hergestellt worden. Welche Erwartungen hat man an den Abbau der Außenhandelsstellen geknüpft! Der Verband deutscher Maschinenbauanstalten muß in seinem Bericht über die Geschäftslage im Oktober zugeben, daß der Abbau der Außenhandelsstellen sich kaum bemerkbar gemacht hat. Sie hat nur zur Folge gehabt, daß die Kontrolle über die Devisenablieferung noch looser geworden ist und daß der Zirkulationsprozeß Devisenbeschaffung für die Einfuhr — Kontrolle der Exportdevisen — Wiederbeschaffung von Rohstoffen mit den hereinkommenden Devisen — überhaupt nicht mehr geprüft wird.

Symptomatisch für die Preisschwierigkeit ist der Konflikt zwischen dem Deutschen Stahlbund und der wirtschaftlichen Vereinigung deutscher Eisenhändler. Die Eisenhändler sind aus der Richtpreiskommission des Stahlbundes ausgeschieden, weil sie die Lieferungsbedingungen gegen den Handel nicht mehr verantworten zu können glauben. In diesem Beschluß kommt eine längst vorhandene Mißstimmung gegen die Preispolitik des Stahlbundes zum Ausdruck, die aber nie dort behandelt wurde, wo die eigentliche Körperschaft für diese Fragen bestand: im Eisenwirtschaftsbund. Dort haben auch die Händler immer den Preisforderungen der Erzeuger zugestimmt, nur um nicht mit den Gewerkschaften stimmen zu müssen.

Solange keine Preisopfer von der erzeugenden Industrie gebracht werden, ist die Krise nicht zu bessern. Das Unternehmertum sucht die durch die Arbeitslosigkeit erwachsende Schwäche für die Arbeiterschaft auszunützen durch Abschaffung all der sozialpolitischen Rechte, die den Unternehmern längst ein Dorn im Auge sind. Über eine vernünftige Preisgestaltung hinaus ist aber die Voraussetzung der Krisenmilderung eine endliche Klärung der Währungsfrage. Durch Abstoppen der Inflation in Papiermark und Erzeugung zusätzlicher Kaufkraft in anderen Zahlungsmitteln ist eine Währungsreform nicht durchzuführen. Es wird bald genug offenbar werden, daß ein Zahlungsmittel nicht dadurch wertbeständig wird, daß man das Wort „wertbeständig“ auf ein Stück Papier druckt und nicht diesem Zahlungsmittel die Deckung schafft, die notwendig ist.

Kampf gegen Monopole?

Zum neuen Kartellgesetz

Lonh Sender, Frankfurt a. M.

Die durch das Ermächtigungsgesetz der Regierung erteilten Vollmachten wurden in überwiegendem Maße fast nur gegen die arbeitende Bevölkerung angewandt. Aber Herr Stresemann mußte sich doch auch mit einer populären Maßnahme schmücken können, auf die sich zu berufen unter Umständen in der Zukunft von Vorteil sein könnte. Schon in seiner Reichstagsrede nach Bildung des zweiten Kabinetts unter seiner Führung fand er außerordentlich scharfe Worte zur Verurteilung der Geschäftspraktiken mancher Kartelle, und die Durchführung der angekündigten Maßnahmen war eine der letzten Taten auf Grund des inzwischen hinfällig gewordenen Ermächtigungsgesetzes.

Damit ist Deutschland dem von anderen Ländern bereits gegebenen

Beispiel gefolgt — und der Erfolg dürfte wohl auch ein ähnlicher sein. Als ein Musterland auf dem Gebiet der Versuche zu gesetzlichen Eingriffen gegen die üppige Entfaltung von Kartellen und Trusts haben wir Amerika anzusprechen mit dem Erfolg, daß wohl in wenigen Staaten diese Organisationsgebilde üppiger ins Kraut geschossen sind, als in der „Neuen Welt“. Darum sei auch hier grundsätzlich vor allem festgestellt: Die Entwicklung zu Kartellen, Trusts, Syndikaten usw. entspricht einer gewissen Entwicklungsstufe der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft; sie sind nicht der Willkür entsprungen, sondern auf diesem Boden organisch entstanden mit bestimmten, innerhalb dieser Ordnung notwendig gewordenen Funktionen. Darum sind sie auch keine starren Gebilde, die unverändert durch Jahrzehnte fortbestehen, sondern sie sind in starkem Maße den durch Konjunktur und Wirtschaftsentwicklung bedingten Veränderungen unterworfen. Kampf gegen Kartelle ohne Kampf gegen den Kapitalismus als den Boden, auf dem sie entstehen, ist darum nichts anderes als ein Kurieren an den Symptomen.

Geboren ist das Kartell aus der Erkenntnis in der entwickelten kapitalistischen Wirtschaft, daß im Kampf des freien Wettbewerbs der einzelne schließlich keinen Vorteil mehr findet, sondern daß er sich seinen Profit vergrößern, sein Risiko aber vermindern kann durch Verständigung mit seinen Konkurrenten in Kartellen, Konventionen, Syndikaten usw. An die Stelle des Kampfes gegeneinander trat das Bündnis miteinander auf Kosten der Konsumenten. Eine besonders starke Förderung aber erfuhr die Kartellentwicklung in den Kriegsjahren durch die Abschließung Deutschlands von der Welt und die dadurch hervorgerufene Warenknappheit, die eine Rationierung notwendig machte, auf diese Weise den Zusammenschluß fördernd, zugleich aber auch freie Bahn für den unerhörtesten Kartellwucher schaffend. Doch soll damit nicht etwa behauptet werden, daß dieser Zustand der Warenknappheit nur von den Kartellen zur zügellosen Preisbildung benutzt worden wäre, der Einzelunternehmer, insbesondere aber die vertrusteten Unternehmer, die Interessengemeinschaften, selbst wenn sie „outsider“ (Außenstehende) der Kartelle geblieben, standen dahinter nicht zurück.

Je stärker die Kaufkraft der großen Masse im Zurückweichen war, um so mehr mußte die Erbitterung gegen die Preisbildung der kapitalistischen Organisationen steigen, die sich bei der Kalkulation das am ungünstigsten arbeitende, technisch rückständigste Werk als Basis aussuchte und obendrein trotz Goldrechnung, die seit Jahren eingeführt, auch noch hohe Risikoprämien in Ansatz brachte.

Allerdings hat man dem Ruf nach völliger Zerschlagung der Kartelle nicht Folge geleistet — aus guten Gründen. In ihrer jetzigen legalen Form wären möglicherweise die Kartelle, Konventionen usw. aufgelöst worden — die Funktionen jedoch, die sie innerhalb unserer Wirtschaft ausüben, wären auch in der Zukunft in einer anderen Form ausgeübt worden und die Findigkeit unserer Wirtschaft hätte auch dann schon Wege gefunden, die ohne direkte Gesetzesverletzung das erstrebte und innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft auch notwendige Ziel erreicht hätten.

Das Kartellgesetz begnügt sich damit, Maßnahmen gegen die Organisationen selbst sowie Maßnahmen gegen die Beschlüsse solcher Organisationen zu treffen. Diese Maßnahmen lassen sich in drei Gruppen einteilen:

1. Maßnahmen, die der Reichswirtschaftsminister selbst treffen oder durch Spruch des **Kartellgerichts** (das beim Reichswirtschaftsgericht errichtet wird) herbeiführen kann in all den Fällen, in denen ein Kartell oder Kartellverträge oder Beschlüsse oder eine bestimmte Art ihrer Durchführung die Gesamtwirtschaft oder das Gemeinwohl gefährden.
2. Einschreiten gegen allzu straffen Organisationszwang (Einschränkungen hinsichtlich der Wertung von Sicherheiten, fristloses Kündigungsrecht aus wichtigem Grund, Vorgehen gegen Verhängung von Sperre).
3. Das Kartellgericht kann auf Antrag des Reichswirtschaftsministers gegen **Kartelle ebenso wie gegen Einzelunternehmungen und Unternehmungsgemeinschaften** vorgehen in der Weise, daß Geschäftsbedingungen und Preisfestsetzungen als nichtig erklärt werden können, die unter Ausnutzung einer wirtschaftlichen Machtstellung die Gesamtwirtschaft oder das Gemeinwohl gefährden.

Man hat allerdings davon Abstand genommen, dem Beispiel anderer Länder zu folgen und ein **Kartellregister** mit Anmeldezwang für alle geschlossenen einschlägigen Verträge und Abreden zu schaffen, wodurch doch von Amts wegen und ohne daß spezielle Anzeige von privater Seite notwendig wäre, eine Kontrolle ausgeübt würde. So ist angesichts der Macht gewisser Kartelle usw. damit zu rechnen, daß sich kein Kläger finden dürfte, da dieser damit zu rechnen hätte, daß sich der Stärkere — das Kartell, die Unternehmungsgemeinschaft, der Trust usw. — an ihm rächen und ihm die Fortführung seines Geschäfts außerordentlich erschweren könnte. Freilich kommt das Gefährliche der Praktiken der Konvention nicht unbedingt in den Statuten resp. dem Vertrag zum Ausdruck: Das Wichtigere und häufig Gefährlichere liegt vielmehr in ihrer Handhabung durch die Kartell-Leitung. Diese zu kontrollieren, ist den Verwaltungsorganen des Staates kaum möglich — dagegen wäre diese Kontrolle durchzuführen, wenn der Arbeitnehmerschaft eine Vertretung in all diesen Konventionen und Syndikaten als den Vertretern der Allgemeinheit durch gesetzlichen Zwang eingeräumt werden müßte. Wir wollen dabei keineswegs ungeteiltes Lob all dem bisherigen Wirken der Arbeitnehmerschaft in den Körpern der Gesamtwirtschaft zum Ausdruck bringen, wollen vielmehr ihr leider wiederholtes Versagen in der Vergangenheit nicht verschweigen; aber dieses teilweise Versagen war kein unvermeidliches und kann durch besser vorbereitende Erziehung für die wichtigen und neuen Aufgaben einer Kontrolltätigkeit zum Besten der Allgemeinheit überwunden werden.

Welche Auffassung aber die beim Kartellgericht fungierenden und lediglich vom Reichswirtschaftsminister zu ernennenden resp. auf seinen Vorschlag vom Reichswirtschaftsgericht zu bestimmenden Richter des Kartellgerichts von dem notwendigen „Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Gemeinwohl“ haben werden, bleibt recht problematisch, da diese doch aus der Bourgeoisie hervorgegangen und in ihrer Ideologie groß gewordenen Kreise ein größeres Verständnis für „berechtigten Profit“ als die Not der Massen haben dürften.

Im übrigen deuten hinreichend Anzeichen darauf hin, daß die Entwicklung der nächsten Zukunft nicht allzu günstig für die Existenz der Kartelle sein dürfte: In Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs fing vielmehr stets das große Sterben von Kartellen und Syndikaten an, sie zerfielen in solcher Periode, den freien Konkurrenzkampf, das Unterbieten usw. wieder der gegen-

zeitigen Verständigung und Solidarität vorziehend, allerdings um bei der Hochkonjunktur wieder neu zu erstehen.

Diese Erscheinung ist auch jetzt bereits aufgetreten, aber den Kartellen steht heute in Deutschland in den großen Konzernen ein gefährlicherer Feind gegenüber. In diesen großen Konzerngebilden kann der einzelne Industriefürst innerhalb seines eigenen Ringens alle die Maßnahmen treffen, die sonst nur einer Gesamtheit von Unternehmern möglich war, so daß in der Tat das Kartell oder Syndikat zu einer Schutzorganisation für die mittleren und kleineren Unternehmungen gegen das Aufgefogentwerden durch die mächtigeren Konzerne und Interessengemeinschaften und gegen deren Diktatur werden kann.

Zum Schluß sei noch eines bemerkt: Der sehr populäre und auffallenderweise hauptsächlich von den Kreisen der Bourgeoisie geführte Kampf gegen Kartelle, Syndikate usw. entbehrt nicht einer gewissen Verwandtschaft mit dem politischen Kampf gegen das jüdische Kapital, wie er von den deutschvölkischen Antisemiten geführt wird: Man bekämpft das Kartell, um den Kapitalismus zu retten — ebenso wie man den Zorn des Volkes ablenkt auf die jüdischen Ausbeuter, um die Ausbeutung selbst noch auf lange Zeit sicherzustellen.

Arbeitswissenschaft und Psychotechnik

Dr. Franziska Baumgarten, Berlin

II. Prüfung der Eignung zur Berufsarbeit.

Die herrschenden verächtlichen Ansichten über die Arbeit im Altertum und Mittelalter mußten natürlich eine Wirkung auf die Berufswahl ausüben. Die Wahl des Berufes war nicht frei; der Beruf war ein Privileg der Kasten, Klassen und Stände, ein Erbe, das man antrat, unbeachtet eigenen Wollens und Befähigung. Übertretungen wurden mit Strafen belegt. So durften die Ritter kein Handwerk ausüben, in Polen war den Adligen verboten, Handel zu treiben und ähnliches.

Die Ausnahmen in diesen Regeln waren zu gering, um zur Geltung zu kommen. Obwohl wir schon bei manchen Philosophen die Gedanken finden, daß eine bestimmte Arbeit von Menschen mit entsprechender Eignung unbeachtet seiner Abstammung ausgeführt werden muß, war es die französische Revolution, die die erste große Bresche in diese Zustände geschlagen hat. In der „Deklaration der Rechte des Bürgers und des Menschen“ finden wir die Verkündung: „Alle Bürger werden in gleicher Weise zu öffentlichen Ämtern angenommen. Die freien Völker kennen keine anderen Gründe der Bevorzugung bei Aufnahme ins Amt als gute Eigenschaften und Talente.“

War diese Erklärung ein großer Schritt vorwärts in der Gedankenwelt der Menschheit, so hatte sie in der Praxis nur wenig Erfolg. Die Freiheit der Berufswahl wurde weiter in der Mehrzahl der Fälle durch materielle Verhältnisse bestimmt.

Die Entwicklung der Industrie im 19. Jahrhundert hat einen Umschwung gebracht. Die ländliche Bevölkerung, die in die Großstädte hinstromte, um Arbeit zu suchen, nahm jede Beschäftigung an, um sich beim Leben zu erhalten, so daß der Beruf nach Schnelligkeit und Größe des Erwerbs bewertet war. Dadurch entstanden große Mißgriffe bei der Berufswahl, die sich in schweren geistigen oder körperlichen Schädigungen äußerten. Die Mediziner waren die ersten, die auf die Berufsschädigungen hinwiesen, um sie vorzubeugen, auf die körperlichen Voraussetzungen der einzelnen Gewerbe aufmerksam zu machen und eine physische Eignung zu jedem Beruf forderten, zum Beispiel daß ein Schmied kräftige Lungen, daß ein Dachdecker keinen Kopfschwindel habe usw. Die Psychiater (wie Pierre Janet und Deschamps) wiesen in vereinzelt Fällen darauf hin, daß Menschen, die eine Arbeit ausführen, welche ihre geistigen Kräfte übersteigt (zum Beispiel wenn man einem kleinen Beamten eine hohe verantwortliche Stelle überläßt)

oder eine Beschäftigung haben, die ihre physischen und geistigen Kräfte nicht voll und ganz in Anspruch nimmt (zum Beispiel wenn man einen begabten Künstler zum Buchhalter macht), nervenkrank werden. Es müßte also eine Zuweisung der Arbeit entsprechend der persönlichen Veranlagung erfolgen. Die Volkswirtschaftler wurden deswegen weiter auf die Überfüllung gewisser Berufe und Mangel an Nachwuchs in gewissen anderen aufmerksam und traten gegen die Systemlosigkeit in der Berufswahl ein. Sie stellten die Forderung, daß die Berufswahl in Beziehung zum Arbeitsmarkt gesetzt werde und daß man eine Berufswahl nach dem Vorhandensein der Nachfrage treffen müsse. Bei den Arbeitsnachweiskbüros müßten besondere Berufsberatungsstellen eingerichtet werden, die die Betreffenden hierüber orientierten.

Aber solche Hinweise, so zahlreich sie in den letzten Jahrzehnten waren, haben im ganzen ebenfalls nur geringe praktische Wirkung ausgeübt. Das Problem der Berufswahl gewann erst an Bedeutung, als Taylor zu der Überzeugung kam, daß eine Arbeit nur dann mit einem Mindestmaß des Kraft- und Zeitaufwands ausgeführt werden kann, wenn man für sie die geeigneten Personen verwendet. Er fing an, für eine bestimmte Arbeit aus einer großen Gruppe Arbeiter diejenigen auszuwählen, die das vorgeschriebene Arbeitspensum in kürzester Zeit auszuführen imstande waren, und auf diese Weise ist die Frage der Arbeitsauslese und Berufseignung zu einer praktischen geworden. Und das ist symptomatisch. Solange die Wissenschaftler auf das persönliche Wohl eines jeden Menschen durch entsprechende Berufswahl hinarbeiten, waren ihre Stimmen tot, erst als davon ein Nutzen für die Arbeitgeber in Aussicht gestellt wurde, fing man an, in Industriekreisen ihr Beachtung zu schenken.

Taylor hat sich aber nie damit beschäftigt, **worin eigentlich die Eignung für einen bestimmten Beruf besteht**, aus welchem Grunde von zwei gleich gesunden Menschen der eine eine Sache spielend, der andere nur mühselig ausführt. Diese Fragen wurden von dem belannten deutsch-amerikanischen Psychologen Hugo Münsterberg aufgenommen.

Gerade zu derselben Zeit, als Taylor mit seinen Ansichten hervortrat, sind die psychologischen Forschungen zu dem Ergebnis gekommen, daß die geistigen Eigenschaften bei den Menschen in großer Verschiedenheit vorhanden sind. Es ist zwar eine Tatsache, die jeder aus seinen Erfahrungen täglich macht, daß es Menschen verschiedener Intelligenz, Temperaments, verschiedener Charaktere und Neigungen gibt, aber erst die Psychologie hat es unternommen, solche allgemeinen Begriffe wie die der „Intelligenz“ in einzelne Bestandteile zu zerlegen. Zu dem, was wir allgemein als „geistige Eigenschaften“ bezeichnen, wird nun gegenwärtig auf Grund der psychologischen Forschungen gezählt:

1. **Lüchigkeit der Sinne**, wobei jedoch nicht die fünf Sinne (wie es üblich ist), sondern einige mehr angenommen werden (zum Beispiel Gleichgewichts-, Temperatur-, Bewegungs- und Lageinn). Die Lüchigkeit jedes Sinnes wird womöglich weiter in einzelne Fähigkeiten zerlegt. So zerfällt die Sinneslüchigkeit des Auges in Fähigkeit, Helligkeit, Farben, Formen, Maße, Größen, Tiefen wahrzunehmen.

2. **Gedächtnis**, wobei man ja nach den Gegenständen einige Arten annimmt: Zahlen-, Personen-, Orts-, Farbengedächtnis und es auch nach dem Umfang, Treue, Schnelligkeit usw. unterscheidet.

3. **Aufmerksamkeit**, wobei man ihren Umfang (je nachdem, ob man sie auf einen Gegenstand oder gleichzeitig auf mehrere Gegenstände zu richten imstande ist), Dauer, Stärke in Betracht zieht.

4. **Denken** nach Arten: analytisches, synthetisches, logisches, kombinatorisches usw.

5. **Reaktionsfähigkeit**, das heißt die Fähigkeit, auf einen Reiz der Außenwelt in bestimmter Weise zu antworten, zum Beispiel schnell oder langsam, zweckgemäß oder unzweckgemäß (Geistesgegenwart).

6. **Wille**, bei dem man die Fähigkeit, Stärke rasche und langsame Entscheidungsfähigkeit auseinanderhält.

Es hat sich nun bei den psychologischen Untersuchungen erwiesen, daß nicht nur der eine Mensch speziell ein gutes Gedächtnis, der zweite ein gutes Denkvermögen, der dritte eine umfangreiche Aufmerksamkeit usw. besitzt, sondern daß jede Eigenschaft (wie zum Beispiel das Gedächtnis) bei verschiedenen Personen verschieden ist: so haben die einen ein gutes Gedächtnis für Zahlen, die andern für Personen, die dritten für Ortscharakter usw. Außerdem wurde festgestellt, daß man ein gutes Gedächtnis und schlechtes Denkvermögen und im Gegenteil gutes Denkvermögen und schlechtes Gedächtnis haben kann.

Mit einem Worte: alle diese oben erwähnten Eigenschaften sind in bunter Mannigfaltigkeit bei den Menschen vertreten.*

Auf Grund solcher ihm bekannten Tatsachen nahm Münsterberg an, daß, da verschiedene Menschen denselben Beruf nicht gleich gut ausüben, die Ursache hierfür wohl darin liegen mag, daß jeder Beruf verschiedene geistige Fähigkeiten in Anspruch nimmt. In den ersten Untersuchungen dieser Art, die M. an Straßenbahnfahrern unternommen hatte, konnte er sich auch tatsächlich überzeugen, daß ein guter Wagenführer eine spezielle Art Aufmerksamkeit besitzen muß, die ihm erlaubt, gleichzeitig verschiedene Reize des bunten Lebens der Straße aufzunehmen und ein Übersicht über sie zu haben. Könnte man also als Straßenbahnführer Menschen, die die obengenannte Art Aufmerksamkeit besitzen, auswählen, so würde man gute Berufsarbeiter haben.

Ebenso war es mit der Prüfung der Eignung der Telephonistin. Es erwies sich, daß nicht diejenige Telephonistin die beste war, die ein gutes Gehör, sondern die das beste Zahlengedächtnis und eine Aufmerksamkeit besaß, die sich durch Nebengeräusche nicht stören ließ.

Weitere Untersuchungen haben auch ergeben, daß für verschiedene Berufe verschiedene Arten einer und derselben Eigenschaft notwendig sind, zum Beispiel bei mechanischen Spinnrahmen muß das abrollende Gespinnst dauernd gleichmäßig beobachtet werden, so daß man hierfür eine Gleichmäßigkeit der Aufmerksamkeit besitzen muß, während bei Spulmaschinen, bei Metallgießern, bei Handglasbläsern es notwendig ist, nur in einem bestimmten Moment die Aufmerksamkeit zu konzentrieren, und deshalb genügt hier ein Arbeiter, der für bestimmte Momente seine ganze Aufmerksamkeit auf einen Punkt zu richten fähig ist. Ein Beamter muß über ein gutes Gedächtnis für Namen und Daten, ein Personaldisponent über ein gutes Personengedächtnis, ein Aufseher über ein gutes Ortsgedächtnis usw. verfügen.

Diese Feststellungen Münsterbergs waren der Anfang der modernen psychotechnischen Berufseignungsprüfungen. Es entstand nun die allgemeine Aufgabe, Menschen den Berufen zuzuordnen, zu deren Erfüllung die Wissenschaft zwei große Probleme zu lösen hatte:

1. Wie stellt man die für einen bestimmten Beruf notwendigen Eigenschaften fest?
2. Auf welche Weise wird das Vorhandensein der für einen bestimmten Beruf geforderten Eigenschaften bei einem Individuum nachgewiesen?

Die erste Aufgabe wird auf diese Weise gelöst, daß man durch Ausfragen des Spezialisten und Facharbeiter zu erfahren sucht, welche geistige Eigenschaften eine Rolle bei der Ausführung der betreffenden Arbeit spielen, oder, wie es jetzt häufig getan wird, die Psychologen bemühen sich auf Grund eigener Beobachtung, den Arbeitsprozeß in seine Elemente zu zerlegen und die zur Ausführung jeden Teils der Arbeit notwendigen geistigen Eigenschaften zu bestimmen. Auf diese Weise wurde zum Beispiel festgestellt, daß ein Facharbeiter der Metallindustrie im allgemeinen Sinnesstüchtigkeit, wie Sehschärfe, ein gutes Augenmaß, Gedächtnis für Formen und räumliche Anordnung, feines Tastsgefühl, feine Gelenkempfindung, Ausdauer der Aufmerksamkeit, Genauigkeit und Sicherheit der Bewegungen, Zusammenarbeiten beider Hände zur Ausübung seines Berufs besitzen muß. Dabei erwies es sich, daß bei verschiedenen Arbeiten der Metallindustrie diese Eigenschaften nicht nur in verschiedener Art, sondern auch in verschiedenem Grade erforderlich sind, zum Beispiel der Montageschlosser muß Überlegung und technisches Denken in sehr hohem, dagegen der Dreher nur in mittlerem Grade besitzen. Handgeschicklichkeit ist für Montage- und Werkzeugschlosser in großem Maße wichtig, während sie für den Kesselschmied belanglos ist. Augenmaß spielt beim Kesselschmied fast gar keine Rolle, während es für den Werkzeugschlosser eine der wichtigsten Eigenschaften ist. Der Former muß eine Raumvorstellung in hohem Grade besitzen, die für den Fräser weniger bedeutend ist usw. Es gibt zurzeit eine ganze Reihe von Psychotechnikern, die sich speziell mit den Berufen der Metallindustrie befassen.

Durch den Leiter des Berufsamtes in Bordeaux (Frankreich) F. Maubecin wurden bereits nicht weniger als für 280 Berufe die nötigen geistigen Eigenschaften angegeben.

Die zweite Aufgabe, zu ermitteln, ob bei einem Menschen die betreffenden Eigenschaften vorhanden sind, wird mittels besonderer psychologischer Methode festgestellt, und zwar gibt man dem Betreffenden eine Aufgabe, deren Lösung den Beweis liefert, ob er die Eigenschaft besitzt oder nicht. Zum Beispiel, um sich zu überzeugen, ob ein Arbeiter

* Es ist ein ganz besonderer Teil der Psychologie, die differenzielle Psychologie, die sich mit diesen Problemen beschäftigt.

ein feines Tastgefühl besitzt, werden ihm einige Plättchen verschiedener Dicke (wobei der Unterschied sehr gering ist, zum Beispiel ein Hundertstel Millimeter beträgt) gegeben und er muß diese Plättchen nach der Dicke ordnen. Oder wenn man sein Gedächtnis prüfen will, gibt man ihm eine Reihe sinnloser Silben in einer kurzen Zeitdauer zu lernen und stellt fest, wieviel er in der kurzen Zeit imstande war, im Gedächtnis zu behalten. Solche kleine Aufgaben werden in der Psychologie „Tests“ (vom englischen Wort test = Probe) genannt. Sie können mittels speziellen mehr oder weniger einfachen Apparaten und Prüfgeräten oder auch ohne sie als kleine gedankliche Aufgaben ausgeführt werden. Man kann ein und dieselbe Eigenschaft auf verschiedene Weise prüfen, einmal durch apparative oder nicht apparative Tests, so zum Beispiel, um die Feinheit des Augermakes eines Arbeiters festzustellen, kann man ihm als Aufgabe geben, eine auf dem Papier gezeichnete Linie in einige Teile zu teilen, oder man kann dieselbe Aufgabe auf einem speziellen Apparat (Optometer) ausführen lassen. Jede von diesen Methoden hat ihre Vorzüge, auf die aber hier näher nicht eingegangen werden kann.

(Fortsetzung folgt.)

Bücherbesprechung

Konzerne der Metallindustrie. Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart. Bezugspreis für Mitglieder des DMB 2 Goldmark, für Mitglieder anderer Gewerkschaften 3 Goldmark. Der Buchhandelspreis wird noch bekannt gegeben.

Die Entwicklungsformen der Wirtschaft und insbesondere der Industrie sind stets ein Faktor gewesen, der nicht nur von Bedeutung war für den einzelnen privaten Unternehmer oder selbst die Gesamtheit der Industriellen, sondern darüber hinaus den Volkswirt und den Staatsmann, die Volksgesamtheit aufs engste berührte. Gilt das schon für jeden Nationalökonom und Politiker, gleichviel in welchem Lager er stehen mag, dann um so mehr für den freien Gewerkschafter und den Sozialisten, die sich nicht damit begnügen können, nur innerhalb der bestehenden Gesellschaft etwas mehr soziale Gerechtigkeit herbeiführen zu wollen, sondern die das ganze System des Bestehenden von Grund auf umwandeln, in eine neue höhere Form überführen wollen. Wer solch umfassendes Um- und Ausbauprojekt vollbringen will, der ist vor allem verpflichtet, das Bestehende in all seinen Erscheinungsformen gründlich zu kennen. Und dabei hat sich der Sozialist insbesondere der Tatsache zu erinnern, daß ebenso wie in unserer kapitalistischen Gesellschaft noch Reste der vorausgegangenen feudalen Epoche vorhanden sind, auch im Schoße der alten Gesellschaft sich bereits Formen der neuen kommenden Gesellschaftsordnung herausentwickeln. Als einen Beginn solch neuer Formen haben wir die Konzentration des Kapitals und der Betriebe anzusprechen, die sich in allen kapitalistisch hochentwickelten Ländern seit Jahrzehnten vollzieht, durch den Krieg und seine Folgen — ganz besonders in Deutschland — aber starke neue Impulse empfing.

Diese Entwicklung war keine ununterbrochene Linie, ja es traten sogar während des Krieges und nachher sogar Erscheinungen gegenteiliger Tendenz auf, wie insbesondere in der Kartellpolitik und ihrer Praxis, durch eine diktatorische Preispolitik schlecht eingerichtete und ungünstig arbeitende Betriebe mit durchzuschleppen, die ohne solche Kartellpolitik längst dem Konkurrenzkampf erlegen wären. Aber dies sind doch letzten Endes nur Nebenerscheinungen, die an der Richtung der Entwicklung selbst nichts zu ändern vermögen.

Und daß diese Richtung immer stärker auf die Konzentration hinsteuert, das beweist die durch die Inflation der Nachkriegszeit bedeutsam begünstigte „vertikale Vertrustung“, die allerdings nur teilweise Ausdruck und Bildner technischer Vervollkommnung, viel mehr jedoch Förderer für eine beispiellose Überlassung wirtschaftlicher und dadurch bedingt auch politischer Machtfülle an einzelne Industriemagnaten geworden ist. Dies ist nur ein Grund mehr dafür, daß es Pflicht der klassenbewußten Arbeitnehmerschaft ist, sich aufs engste mit diesen Erscheinungen vertraut zu machen — nicht etwa, um sie zurückzuentwickeln, sie rückgängig zu machen, sondern um das Terrain vollkommen zu beherrschen, das umzubauen ihre historische Mission ist.

In richtiger Erkenntnis dieser Pflicht ist von unserem Verband das obige rund 350 Seiten umfassende Werk herausgebracht worden, das die erste umfassende Dar-

stellung der besonders in der Metallindustrie vollzogenen großzügigen Konzernentwicklung ist. Es behandelt folgenden Stoff:

Kartelle und Syndikate. — Horizontale und vertikale Konzentration. — Die wirtschaftlichen Ursachen der neueren Konzernbildung. — Die rechtlichen Formen des Zusammenschlusses. — Die Konzerne der deutschen Metallindustrie. Die Mannuskonzerne: Der Stinneskonzern. — Das Wesen des Elektromontantrusts. — Die tabellarische Darstellung des Elektromontantrusts. — Die Stinnes'schen Privatinteressen. — Die A. E. S. — Das Wesen der A. E. S. — Die Darstellung der A. E. S. — Die „Arbed“ und ihre Beziehungen zum A. E. S.-Konzern. — Gemeinsame Unternehmungen von Stinnes' und A. E. S. — Die übrigen Konzerne: Von der Kohle zur Maschine: Otto Wolff mit Rhein Stahl und Phoenix. — Ganiel. — Altkner. — Krupp. — Thyssen. — Henschel-Lothringen-Essener Steinkohle mit Anilin. — Stumm. — Hoesch. — Krombach-Roehling. — Mannesmann. — Becker. — Unternehmungsgruppen: Brown-Boveri. — Berlin-Burger. — Inag. — Vom Handel zur Erzeugung und Handelskonzerne: Metallbank. — Sichel. — Tellus. — Aquila. — Rheinhandel. — Deutscher Eisenhandel. — Kanold-Kellner. — Der Auslandsbesitz deutscher Konzerne. — Die wirtschaftlichen Folgen der Konzentration.

Auf diese Weise verbindet das Werk die Darstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Ursachen mit den Ergebnissen dieser Entwicklung. Einer Entwicklung freilich, die heute noch nicht an ihrem Abschluß steht, sich vielmehr fast ununterbrochen weiter vollzieht.

Nur in jahrelanger, emsigster Arbeit konnte die Volkswirtschaftliche Abteilung unseres Verbandes das Material zusammentragen und in systematische Ordnung bringen und sie hat sich damit nicht nur den Dank der Kollegen, sondern all der an der Wirtschaft interessierten Kreise und insbesondere auch den Dank der nationalökonomischen und soziologischen Forschung verdient. Vor allem werden sich die Kollegen und ganz speziell die Betriebsräte mit großem Nutzen an das Studium des Buches begeben und dabei neben den textlichen besonders die klaren graphischen Darstellungen begrüßen, die eine leichtere Einprägung des Ausbaues dieser etwas komplizierten Gebilde ermöglichen.

In einer Zeit wie der gegenwärtigen, da die Wirtschaft immer offener ihre Herrschaft über den Staat etabliert und ihr noch in den letzten Tagen durch ihre mittels des Verwaltungsrats der neuen Rentenbank aufgerichtete innere Finanzkontrolle über das Reich Ausdruck gab, gilt es, daß die Arbeitnehmer, die nicht ewig Objekt der Wirtschaft bleiben wollen, sich unverzüglich mit den Waffen und Machtmitteln des Gegners vertraut machen. Ein wichtiges Mittel hierfür ist das besprochene Werk, für dessen Herausgabe alle dem Vorstand dankbar sein werden.

L. S.

Betriebsräte! Vertrauensleute! Verbandsmitglieder!

Niemand versäume die Anschaffung
des neu erschienenen Werkes:

Konzerne der Metallindustrie

Zu beziehen
durch jede Verwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes